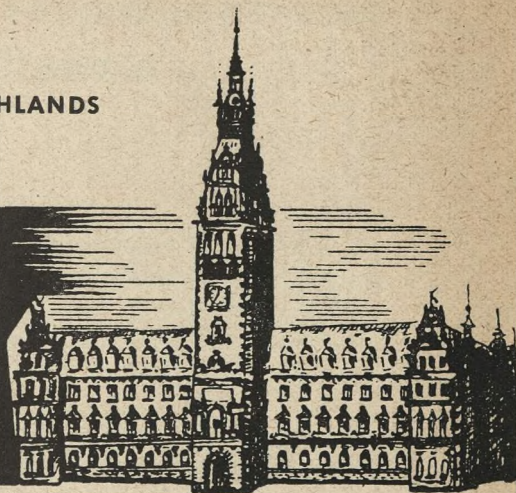


SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

WELTSTADT -
DEINE HEIMAT



*Aufruf und Regierungseitsätze
der Hamburger Sozialdemokraten
zur Bürgerschaftswahl | 1957*

A 03 - 03264

WESTSTADT
OF THE NETHERLANDS



Aufruf

der Hamburger Sozialdemokraten zur Bürgerschaftswahl

Liebe Hamburger!

Am 10. November bestimmen Sie, wie in den nächsten vier Jahren in Hamburg regiert werden soll. Bei der Bürgerschaftswahl 1953 hatten Sie sich zwischen den Kandidaten der SPD und des Hamburg-Blocks zu entscheiden. Der Hamburg-Block hatte Ihnen damals viel versprochen, doch er hat wenig gehalten. Heute existiert er nicht mehr. Er ist mit Zank und Krach auseinandergegangen.

Der vom Hamburg-Block gebildete Senat hat in den vergangenen vier Jahren viel von seinem Ansehen in der Bevölkerung eingebüßt. Denn in jedem Jahr mußte ein Senator den Dienst quittieren. Die übrigen Senatoren kamen wegen dieses gegenseitigen Mißtrauens selten zu konstruktiver Arbeit.

Mehr schlecht als recht bastelte der Hamburg-Block-Senat an den Aufbauplänen herum, die ihm der vorangegangene Senat unter Führung von Bürgermeister Max Brauer und Dr. Paul Nevermann hinterlassen hatte. Hamburg kann sich ein solches Versagen im Rathaus nicht noch einmal leisten! **Unsere Weltstadt braucht eine Regierung, die — auf eine breite Basis in der Bürgerschaft gestützt — die Aufgaben der Zukunft energisch anpackt.** Dabei wünschen wir einen engen Kontakt zu allen Schichten der Bevölkerung. Von einer „Politik am grünen Tisch“ halten wir nichts. Darum haben wir seit langer Zeit Gespräche mit allen Bevölkerungs- und Berufsgruppen geführt und dabei ihre Sorgen und Wünsche durch unmittelbaren Kontakt kennengelernt. Arbeiter, Mittelstand, geistige Berufe, Jugendgruppen, Sportler, Frauen, private Angestellte und öffentlich Bedienstete waren unsere Gesprächspartner. Diese enge Fühlungnahme mit der gesamten Bevölkerung werden wir auch in Zukunft halten. Denn das ist lebendige Demokratie. So haben wir die Möglichkeit, die wichtigen Aufgaben zu erfüllen, die wir in unseren „Regierungsleitsätzen“ zusammengefaßt haben. Bitte, sehen Sie sich die Liste der Vorhaben einmal an, die wir zum Wohle Hamburgs verwirklichen wollen.

A 03 - 03264

3



Aber am 10. November muß mit Ihrer Hilfe eine weitere wichtige Weichenstellung eingeleitet werden: Über den Bundesrat muß der neue Senat erwirken, daß die riesigen Steuereinnahmen des Bundes ganz anders aufgeteilt werden als bisher.

Denn die sozialen und kulturellen Aufgaben der Städte und Gemeinden sind weit hinter dem Wirtschaftsaufbau zurückgeblieben. **Hamburg blieb unter dem Block-Senat im Schatten des Bundes.** Länder und Gemeinden brauchen in ihrer Entwicklung höhere Anteile aus den Steuereinnahmen. Dieses Ziel kann nur ein besserer Senat erreichen.

Wir Sozialdemokraten erklären Ihnen verbindlich: Wenn wir die Mehrheit erringen, bilden wir einen Senat auf breiter Grundlage. Der sichere Weg zu einer arbeitsfähigen und dauerhaften Regierung in Hamburg führt also über eine starke SPD.

Das ist die besondere Lage in Hamburg.

Wählerinnen und Wähler!

Geben Sie uns daher durch Ihre Stimme die Möglichkeit zu dieser hamburgischen Politik.

WÄHLEN SIE
FÜR HAMBURG | Liste 1: SPD!

„WELTSTADT HAMBURG — DEINE HEIMAT“

Regierungsleitsätze der Hamburger Sozialdemokraten

1. In Hamburg fehlen immer noch über 100 000 Wohnungen. Vermieter, Mieter und Untermieter leben vielfach in Wohnbedrängnis. Daher muß der soziale Wohnungsbau wieder stärker in den Vordergrund treten.
2. Folgende Gruppen von Wohnungsuchenden liegen uns besonders am Herzen:
 - Die vielen Menschen, die seit Jahren vor dem Wohnungsamt Schlange stehen.
 - Die jungen Eheleute und Brautleute.
Auf ganz neuen Wegen wollen wir den Jungverheirateten das Sparen für eine eigene Wohnung vorfinanzieren.
 - Auch für alleinstehende Frauen und Männer — ob berufstätig oder Rentner, ob alt oder jung — muß eine angemessene Anzahl Einraumwohnungen gebaut werden.
3. Bei dieser Wohnungsbauförderung geht es um die Beseitigung der Not und um die Erfüllung der Wohnwünsche, nicht um Theorien. Geschoßbau und Flachbau, Kleinsiedlung und Zeilenbau, Eigenheim, Genossenschaftswohnung und allgemeine Mietwohnung — alles soll zum Zuge kommen, je nach den individuellen Bedürfnissen und städtebaulichen Möglichkeiten.
4. In allen Wohnformen sollen die Mieter und Besitzer ihr rechtlich geschütztes Heim haben.
Die Bundesregierung hingegen hat schon 1956 einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der praktisch die freie, grundlose Kündigung aller Mieter einführt.
Wir Sozialdemokraten werden den Mieterschutz für ordentliche Mieter aufrechterhalten! Der Kündigungsschutz ist für uns dauernder Bestandteil einer sozialen Rechtsordnung.
5. Wir wollen modernere Altersheime in den Wohnbezirken bauen, in der Nähe von Läden und vom Verkehr. Es ist falsch, wenn der Hamburg-Block behauptet, wir hätten genug Altersheime.
6. Wir wollen klare und zuverlässige Bebauungspläne beschließen, die nicht alle Jahre abgeändert werden. Der längst versprochene neue Aufbauplan, der neues Baugelände bietet, muß schnell verabschiedet werden. Wir werden die unerträglich langen Bearbeitungszeiten für private und öffentliche Bauvorhaben verkürzen und das bürokratische Hindernisrennen bei den Behörden beseitigen.
7. Kampf dem hamburgischen Verkehrs-Chaos! Ein neuer Senat unter SPD-Führung leitet die entscheidende Wende der Verkehrsverhältnisse

ein. Voraussetzung ist eine klare Behördenführung in Verkehrsfragen. Jetzt herrscht ein Wirrwarr der Zuständigkeiten.

8. Hauptaufgabe ist die Bewältigung des Massenverkehrs morgens und abends mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Hier gilt Goethe: „Man muß nicht nur wollen, man muß auch tun.“ Denkschriften des Hamburg-Block-Senats auf Hochglanzpapier haben keine Räder.
9. Wir werden außerdem als Sofortmaßnahme eine große Anzahl von wendigen Autobussen einsetzen. Das spätere Ziel muß sein, daß Schritt für Schritt die Straßenbahnen durch moderne, leistungsfähige Massenverkehrsmittel ersetzt werden.
10. Langfristige Maßnahmen für den Ausbau der Hochbahn müssen den Sofortmaßnahmen folgen. Deshalb müssen die nötigen U-Bahn-Strecken, z. B. diejenigen nach Billstedt und Wandsbek, in Angriff genommen werden.
11. Auf die Bundesbahn muß Einfluß genommen werden wegen der Elektrifizierung der Vorortbahnen nach Harburg und Pinneberg.
12. Wir bauen Verkehrstunnel bzw. -brücken (u. a. am Berliner Tor, Ferdinandstor und am Neuen Jungfernstieg), neue Fußgängerüberwege und -tunnel, Radfahrwege sowie große Hauptverkehrsstraßen. Viele Unfälle können hierdurch vermieden werden.
13. Die seit langem geforderte Fußgängerbrücke beim Hochbahnhof St.-Pauli-Landungsbrücken muß schnellstens gebaut werden.
14. Straßenbau und Straßenbeleuchtung sind eine Aufgabe ersten Ranges geworden. Wir wollen schnellstens eine sorgfältigere, klare Dringlichkeitsstufung für Straßenbau und -beleuchtung vornehmen. Für die Vororte mehr Licht und bessere Straßen, bessere Wasserversorgung und Kanalisierung sowie Müllabfuhr und Straßenreinigung. Schluß mit dem bisherigen systemlosen Flickwerk im Straßenbau.
15. Endlich — auch aus Verkehrsgründen — Fertigstellung des Deichtormarktes und der Ost-West-Straße.
16. Für das kulturelle Leben der Bürger und ihrer Vereine benötigen wir in den Stadtteilen Versammlungs- und Gemeinschaftsräume. Deswegen wollen wir einen neuen Weg beschreiten und „Hamburg-Häuser“ bauen.
Zu dieser kulturellen Arbeit gehört auch der Ausbau der öffentlichen Bücherhallen und der Volkshochschule.
Das kirchliche Leben unserer Stadt genießt unseren vollen Schutz.
17. Da alle Jugendpolitik auch gleichzeitig Familienpolitik ist und Jugendprobleme in vielen Fällen Gesellschaftsprobleme sind, werden wir folgende Maßnahmen treffen:
 - a) In Verbindung mit den „Hamburg-Häusern“ und den neuen Schulen werden auch neue Kristallisationspunkte des Jugendlebens entstehen.

- b) Weitere „Heime der offenen Tür“ sind als Begegnungsstätten aller Jugendlichen einzurichten. Seit 1953 ist kein neues Heim mehr entstanden.
 - c) Mehr Kinderspielplätze! Größere Spielplätze sollen unter der Leitung pädagogisch geschulter Kräfte stehen.
 - d) Ergänzung der Jugendwohnheime für Mädchen und Jungarbeiter.
 - e) Großzügiger Ausbau der Kinder-Ferienverschickung und der Müttererholung.
18. Weitere Sportanlagen, Bolzplätze und kombinierte Hallen- und Sommerbäder müssen gebaut werden.
19. Im Gesundheitsdienst ist viel zu verbessern, denn die Heilung eines Leidens darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Erhebliche Verbesserungen in den Räumen und der Ausstattung der Krankenhäuser sind notwendig. Die wirksamsten Medikamente, Kuren und Fachärzte sollen allen Kranken zur Verfügung stehen, auch wenn die neuen Medikamente teurer sind.
20. Luft, Wasser und Nahrungsmittel müssen laufend auf radioaktive Verseuchung überprüft werden, damit Gesundheitsschädigungen vermieden werden.
21. Der technische Fortschritt macht es auch möglich, die Geruchsbelästigungen und gesundheitsschädlichen Abgase zu beseitigen.
22. Die Schule soll aus dem tagespolitischen Streit herausgehalten werden. Wir bekennen uns zu den gemeinsam beschlossenen Schulgesetzen.
- a) Der Schichtunterricht muß spätestens in den nächsten vier Jahren überwunden werden.
 - b) Die Zahl der Kinder in den Klassen wird verringert.
 - c) Es müssen mehr Fachräume, Werkstätten und Arbeitsräume errichtet werden, auch in den Berufsschulen.
 - d) Noch sind viele alte Schulen vernachlässigt. Diese Schulen müssen unter Farbe gebracht und modernisiert werden.
 - e) Der Bau von Schullandheimen muß gefördert werden.
23. Eine zweite Ingenieurschule soll errichtet werden. Die technische Abendfachschule soll zu einem vollwertigen Abschluß führen und das technische Vorlesungswesen ausgebaut werden.
24. Hamburg schuldet seiner Universität würdigere Räume und bessere Arbeitsmöglichkeiten. Das Bauprogramm ist durch die steigenden Studentenzahlen und durch neue Forschungsbedürfnisse überholt; es muß daher neu gefaßt und erweitert werden. Die Bauleistungen müssen erheblich beschleunigt werden. Die Verstärkung aller Einrichtungen und Kräfte für Lehre und Forschung muß den Bedürfnissen einer Weltstadt-Universität mit 10 000 Studenten entsprechen. Für die nächste Legislaturperiode ist in jedem Jahr ein Studentenheim zu bauen.



25. Für die frei schaffenden Künstler soll Hamburg nicht nur ein Hort der freiheitlichen Betätigung sein, sondern sie sollen wirksamer denn je gefördert werden, indem man ihnen in Zukunft neue, vielseitige Aufgaben für ihr künstlerisches Schaffen stellt.
26. Hamburgs Wirtschaftsbasis soll so verbreitert werden, daß die Hansestadt allen zukünftigen Ansprüchen der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Wiedervereinigung Deutschlands gerecht werden kann. Alle wirtschaftspolitischen Einzelmaßnahmen müssen von diesem Leitgedanken her erfolgen. Sie dürfen nicht von Zufälligkeiten und einzelnen Interessentenwünschen veranlaßt werden.
27. Zu einer gesunden Wirtschaft gehören auch die Mittelschichten mit der Vielfalt ihrer Gewerbezeige und Geschäfte. An der Wirtschaftsförderung müssen im gleichen Maße wie die Großbetriebe auch die Handwerker und die Kleinhändler beteiligt werden.
Wir fordern daher:
Eine bessere Regelung der Lohnsummensteuer vor allem für kleine, lohnintensive Betriebe.
Eine funktionierende Kreditkasse und — **in Zusammenarbeit mit dem Bund** — eine Reform des Kindergeldgesetzes.
28. Zur Wirtschaft gehören alle Arbeitnehmer. Ohne Arbeiter, Angestellte und Beamte sind alle Wirtschaftseinrichtungen tot. Daher ist es nicht nur eine sozialpolitische, sondern eine wirtschaftspolitische Aufgabe, die städtischen Probleme zu lösen, die zwischen der Wohnung der Arbeitnehmer und ihrer Arbeitsstätte liegen.
29. Die Stadt ist auch selber Arbeitgeber. Wir werden den hamburgischen Arbeitern, Angestellten und Beamten ein aufgeschlossener und menschlicher Arbeitgeber sein. Die gewählten Vertreter der öffentlich Bediensteten sind dabei als Ratgeber unentbehrlich.
30. Wir fordern vom Bund die seit Jahren notwendige Vertiefung der Unterelbe, damit die neuen Großfrachter und Großtanker auch den Hamburger Hafen erreichen können.
31. Für die Hafentarbeiter sind erhebliche Verbesserungen der Aufenthaltsräume und die Errichtung neuer Kaffeehallen nötig.
32. Autobahn Hannover, Verbindung der Lübecker und Bremer Autobahn, Nord-Süd-Kanal und Elektrifizierung der Bundesbahn nach Hamburg sind vernachlässigte Forderungen, die wir erneut aufnehmen werden.
33. Die hamburgische Wirtschaftspolitik darf von keiner Interessengruppe allein bestimmt sein. Arbeiter, Angestellte und Beamte, Kaufleute und frei Schaffende, große, mittlere und kleine Betriebe, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft müssen sich frei entwickeln können.

ALLES FÜR HAMBURG — SPD LISTE 1